

Protokoll der BAG Sitzung vom 06. bis 08. Februar 2026 in Brüssel

Am 06. Februar fand zunächst das Besucherprogramm EP und eine Diskussion mit Daniel Freund, MdEP, im Europäischen Parlament statt. Nach einer Lobbytour durchs Europaviertel mit Christian Beck begann dann die BAG Europa-Sitzung am späten Nachmittag. Der Samstag war dem Thema „Europäische Republik“ gewidmet, am Sonntag fanden dann die Wahlen des Sprecher*innen-Teams und der Delegierten für den EGP Congress statt und endeten mit einem allgemeinen Austausch.

Tagungsort:

Mundo Matonge Rue d'Edimbourg 26, 1050 Ixelles

Freitag, 06. Februar 2026

Panel: Die EU als geopolitische Akteurin

Input: Amanda Paul/ European Policy Centre, **Katharina Emschermann/** Heinrich Böll Stiftung Brüssel, **Ines Budarick/** Sprecherin BAG Globale Entwicklung

Im Panel wurde betont, dass der Strategische Kompass 2022 eine Reaktion auf neue geopolitische Realitäten ist, insbesondere auf den russischen Angriffskrieg, Chinas globalen Gestaltungsanspruch sowie die zunehmende Stärkung autoritärer Systeme weltweit. Die EU wird von anderen Großmächten häufig als schwach wahrgenommen, was sie anfälliger für Einflussnahme macht. Deshalb müsse Europa seine Stärken – vor allem den Binnenmarkt – stärker nutzen und aktiv an der globalen Ordnung mitwirken, statt passiv zu bleiben. Ziel sollte sein, international eine führende Rolle einzunehmen.

Im Verhältnis zu den USA zeichne sich ein langfristiges sicherheitspolitisches Distanzieren ab, weshalb die EU eigenständiger handeln müsse. Auch die Erweiterung, insbesondere Richtung Westbalkan sowie perspektivisch Ukraine und Moldau, wurde als strategisch wichtig hervorgehoben.

Weitere Themen waren die notwendige Neukalibrierung der Beziehungen zur Türkei, die Bedeutung eines Abkommens mit Indien trotz demokratischer Defizite sowie die weiterhin globale Ambition des Vereinigten Königreichs.

Abschließend wurde festgehalten, dass die EU geeinter auftreten und konkrete Strategien entwickeln muss, um ihre geopolitische Rolle zu stärken.

Samstag, 07. Februar 2026

Zurück in die Zukunft - Rückschau auf den europäischen Verfassungsvertrag

1. Rückblick auf den Verfassungsvertrag

- 2004: Erweiterung der EU um 10 Staaten als Ausdruck wachsender Integration.
- 2005: Ablehnung des Verfassungsvertrags in Referenden in Frankreich und den Niederlanden (Gründungsmitglieder).
- Scheitern vor allem politisch: Es gelang nicht, eine breite Zustimmung und emotionale Identifikation der Bevölkerung zu erzeugen.
- Stattdessen folgte der Vertrag von Lissabon als abgeschwächte Reformlösung.

- Erkenntnis: „Schlechter Zeitpunkt“ darf kein Argument für Untätigkeit sein – aktive Beteiligung und gezielte Kampagnen sind entscheidend.

2. Grundsatzdebatte zur europäischen Verfassung

- Uneinigkeit über Zielbild: Europäischer Bundesstaat vs. langfristige Vision einer Europäischen Republik.
- Problem: Fehlende gemeinsame europäische Öffentlichkeit und emotionale Basis (Sprach- und Identitätsbarrieren).
- Verfassung ≠ automatisch Staatlichkeit; EU bleibt ein sui generis-Gebilde.
- Skepsis gegenüber Referenden (Populismusrisiken, nationale Verzerrungen).
- EU entwickelt sich bisher eher neofunktionalistisch (z. B. über Wirtschafts- und Fiskalpolitik).

3. Lehren aus dem Scheitern

- Demokratische Legitimation erfordert mehr als institutionelle Reformen:
→ Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit und Identität.
- Kampagnen sollten aktiv für europäische Projekte werben, nicht nur gegen Missstände.
- Kleine, flexible Vertragsreformen sind oft realistischer als große Verfassungsentwürfe.
- Bildung und Sichtbarkeit (z. B. Europaschulen) sind zentral, um Bürgernähe zu stärken.

4. Veränderungen der Ausgangslage heute

- Geopolitisch: Wegfall einer stabilen US-Hegemonie erhöht Handlungsdruck auf die EU.
- Gemeinsame Herausforderungen (z. B. Schulden, Sicherheitspolitik) fördern Integration.
- Gleichzeitig bleiben Nationalstaaten politisch stark und widerstandsfähig.
- Fortschritte: stärkere rechtliche Integration, mehr Austausch, mehr gemeinsame Institutionen.

5. Zentrale Herausforderungen und Perspektiven

- Balance zwischen nationaler Souveränität und vertiefter Integration.
- Ausbau gemeinsamer Politikfelder (z. B. Sicherheit, Digitalisierung, Soziales).
- Möglichkeit eines „Kerneuropa“: engere Integration einiger Mitgliedstaaten.
- Ziel bleibt eine Union, die Vielfalt bewahrt („unity in diversity“), ohne in Nationalismus zu verfallen.

Fazit:

Das Scheitern des Verfassungsvertrags zeigt vor allem ein politisch-kommunikatives Problem, nicht nur ein institutionelles. Für zukünftige Integrationsschritte sind gesellschaftliche Verankerung, konkrete gemeinsame Projekte und schrittweise Reformen entscheidend.

Workshop: Europe in our Heads

In diesem Workshop wurden Ideen und Visionen für eine zukünftige Europäische Union gesammelt. Ausgangspunkt war die Frage, wie eine ideale EU aussehen könnte und welche Veränderungen dafür notwendig sind. Ein **Input von Dr. Carsten Berg** (European Citizens' Initiative) bot den inhaltlichen Rahmen.

Viele Teilnehmende sprachen sich für mehr europäische Souveränität aus, etwa durch gemeinsame Infrastruktur wie ein EU-weites Bahnnetz, eine konsequentere Umsetzung digitalen Rechts sowie effizientere Entscheidungsprozesse anstelle des Einstimmigkeitsprinzips. Auch eine gemeinsame europäische Regierung wurde diskutiert. Gleichzeitig wurde ein Demokratiedefizit festgestellt, da es an einem klaren europäischen Souverän und an Bürgernähe fehlt.

Als zentral wurde der Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit gesehen, etwa durch einen Ausbau von Medien wie Arte oder die Schaffung eines europäischen sozialen Netzwerks. Zudem wurden mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gefordert. Weitere Vorschläge umfassten ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, stärkere Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine bessere Vernetzung von Geheimdiensten.

Trotz bestehender struktureller Herausforderungen und eines Vertrauensdefizits wurde die EU insgesamt als Erfolgsprojekt bewertet, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung von Freiheit und Menschenrechten, die auch künftig bewahrt werden müssen.

Reform unter Druck?

Panel mit Daniel Freund, Mitglied des Europäischen Parlaments (Greens/EFA)

Prof. Dr. Andreas Maurer, Jean Monnet Chair for EU Integration Studies, University of Innsbruck

Im Panel „Reform unter Druck?“ diskutierten Daniel Freund (MdEP, Greens/EFA) und Prof. Dr. Andreas Maurer die Bedingungen und Chancen institutioneller Reformen in der EU.

Ausgangspunkt war die Frage, ob grundlegender Wandel nur unter Krisendruck möglich ist und wie realistische Reformprozesse angestoßen werden können.

Daniel Freund betonte, dass weitreichende Reformideen – etwa in Richtung einer föderalen Struktur – bereits im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas konkret ausgearbeitet wurden. Durch die Einbindung von Bürgerversammlungen sei bewusst versucht worden, breitere gesellschaftliche Perspektiven einzubinden. Das Europäische Parlament habe daraus ein umfassendes Reformpaket (ca. 140 Seiten) entwickelt, einschließlich der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und einer Stärkung europäischer Kompetenzen etwa in der Energie- und Außenpolitik. Trotz vorhandener Krisen (Pandemie, Ukrainekrieg) und parlamentarischer Mehrheiten sei die Umsetzung bislang blockiert, da der Rat keinen Konvent einberufen habe. Freund sieht dennoch ein aktuelles Zeitfenster für Reformen, etwa im Kontext anstehender Wahlen, Haushaltsverhandlungen und Erweiterungsperspektiven.

Andreas Maurer unterstrich, dass Reformen längst überfällig seien. Die EU funktioniere derzeit mit 27 Mitgliedstaaten „gerade noch“, stoße jedoch mit Blick auf weitere Erweiterungen strukturell an ihre Grenzen. Besonders problematisch sei das Einstimmigkeitsprinzip, das Entscheidungsprozesse erheblich erschwere. Gleichzeitig verwies Maurer auf Demokratiedefizite, da das Europäische Parlament in vielen Bereichen nur begrenzt eingebunden sei und zentrale Kompetenzen wie das Initiativrecht fehlten. Reformen

müssten deshalb umfassend und als Gesamtpaket angegangen werden, um Mehrheiten zu sichern und ein Gleichgewicht zwischen Gewinnern und Verlierern herzustellen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass politische Gelegenheitsfenster – insbesondere Erweiterungsrounds – häufig den nötigen Druck für Reformen erzeugen. Gleichzeitig bestehen große Hürden bei der Mehrheitsbildung, sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedstaaten. Während Freund insbesondere in der Verteidigungspolitik Ansatzpunkte für Fortschritte sieht und das Einstimmigkeitsprinzip als Sicherheitsrisiko bezeichnet, zeigte sich Maurer hier skeptischer und betonte, dass die EU in vielen Bereichen bereits föderale Züge habe.

Einigkeit bestand darin, dass selektive Reformen wenig Erfolg versprechen: Stattdessen braucht es ein breit angelegtes Reformpaket, das auch unterschiedliche politische Positionen einbezieht. Die zentrale Herausforderung bleibt, die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken, ohne die Balance zwischen Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen zu gefährden.

Modelle zur europäischen Integration

Kann ein Europa ohne Nationalstaaten existieren? Muss Europa geeint voranschreiten – oder braucht es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten? Es gibt viele Wege zu mehr europäischer Integration.

Austausch mit Prof. Dr. Claudia Wiesner, Prodekanin für Forschung und Internationales / Jean Monnet Chair, Hochschule Fulda und **Christian Beck**, Europa Union Brüssel

Claudia Wiesner machte deutlich, dass die EU aktuell sowohl von rechts als auch von links wegen demokratischer Defizite kritisiert wird, wobei viele weiterhin im Nationalstaat die primäre Lösung sehen. Ein Europa ohne Nationalstaaten in Form einer voll integrierten föderalen Republik sei zwar normativ wünschenswert, derzeit jedoch politisch unrealistisch. Vielmehr hätten Nationalstaaten aktuell sogar wieder an Bedeutung gewonnen. Wiesner sprach sich klar gegen ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ aus: Dieses würde die ohnehin komplexen Strukturen der EU weiter intransparent machen und neue Legitimationsprobleme schaffen. Zudem erhöhe es funktional die Anfälligkeit für Blockaden und politisches „Erpressungspotenzial“ einzelner Staaten. Stattdessen müsse die EU geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik. Voraussetzung hierfür sei eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip hin zu Mehrheitsentscheidungen, da diese nachweislich effizientere und handlungsfähigere Politik ermöglichen.

Gleichzeitig betonte Wiesner die Notwendigkeit, zentrale Grundwerte – Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – als „rote Linien“ nicht zu gefährden. Gerade in einer geopolitisch unsicheren Welt mit zunehmendem Druck auf liberale Demokratien müsse die EU ihre normative Grundlage bewahren. Reformen dürften daher nicht auf Kosten dieser Werte erfolgen. Als realistischen nächsten Schritt schlug sie insbesondere Vertragsänderungen vor, die Mehrheitsentscheidungen im Rat ausweiten und so sowohl die Handlungsfähigkeit stärken als auch langfristig den Weg zu stärkerer Integration ebnen.

Christian Beck stellte die Perspektive der Europa-Union dar, die einen föderalen europäischen Bundesstaat anstrebt, in dem die Mitgliedstaaten nicht abgeschafft, sondern integriert werden. Dabei dient das parlamentarische System als zentrales Modell. Unterschiedliche Positionen innerhalb der europäischen föderalistischen Bewegung – etwa zur Ausgestaltung politischer Systeme oder zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik – wurden als Teil eines breiteren pluralistischen Diskurses beschrieben.

In der Diskussion zeigte sich ein zentrales Spannungsfeld: Während Wiesner vor stärkerer Fragmentierung und parallelen Strukturen warnte, verwies Beck darauf, dass unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten faktisch bereits existieren (z. B. Schengen) und unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sein könnten. Einigkeit bestand jedoch darin, dass die EU vor großen Herausforderungen steht – etwa durch geopolitische Unsicherheit, den Krieg in der Ukraine und wachsende Zweifel an der Verlässlichkeit internationaler Partner. Abschließend wurde hervorgehoben, dass die Zukunft der EU stark davon abhängt, ob es gelingt, Reformen mit gesellschaftlicher Akzeptanz zu verbinden. Offene Debatten über Stärken und Schwächen der EU sowie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Kritik wurden als zentral angesehen, um Vertrauen zu stärken und langfristig den Weg zu einer vertieften Integration zu ebnen.

Länderberichte

Thüringen - Bea, Stefan, Tom

Kurzer Bericht über die aktuelle politische Lage in Thüringen; konstruktives Misstrauensvotum gegen MP Voigt, weil er seinen Dokortitel verloren hat.

Bei Interesse: Europaausschüsse im LT Thüringen sind grundsätzlich öffentlich

Ein Strukturprozess der LAGen soll diese lebendiger machen.

LAG Internationales probiert, sich regelmäßig zu treffen:

3 Wochen Rhythmus, Orga-Treffen und Inhaltstreffen.

Hessen - Katharina, Ioannis

Themen: Souveränität, Wirtschaft & Handel

Europastrategie des BuVo auf Relevanz für Hessen überprüft.

Außer der UAG und LAG hat Europa in Hessen wenig Bedeutung; es wird versucht, mehr Mainstreaming zu erreichen.

Kommunalwahlen in Hessen, in 4 Wochen

Europa bei Kommunalwahlprogramm sehr unterschiedlich vertreten - Frankfurt bspw. sehr vorbildlich, andere Kommunen haben es überhaupt nicht aufgeführt.

RLP - Nils

Neues Sprecher*innen-Team, Neue Delegierte

Landtagswahlkampf: 9-11% in den Umfragen

Europa spielt mit den Verbindungen zu Belgien, Luxemburg und Frankreich immer eine recht große Rolle, auch wenn es nicht das Hauptthema der Wahl ist.

BaWü

Landtagswahlkampf - man ist optimistisch, dass die Grünen die CDU auf den letzten Metern überholen werden.

Sonntag, 08. Februar 2026

Wahlen Sprecher*innen-Team

Ergebnis:

Sprecherin: Kathleen Wabrowetz

Sprecher: Torben Wöckner

Stv. Sprecherin: Margit Ertlmaier

Stv. Sprecher: Tom Gürtler

Wahl Delegierte EGP Congress

Ergebnis:

Delgierte*r: Torben Wöckner

1. Ersatzdelegierte: Kathleen Wabrowetz

Weitere Ersatzdelegierte: Liliane Viola Pollmann, Sienna Leesberg

Allgemeiner Austausch

GJ / FYEG - Lena

Fokus mehr auf Online Beteiligung

COP30 - mit FYEG vor Ort - zusammen mit Lena Schilling

FYEG hat ebenso wie die EGP wenig Gelder zur Verfügung.

FYEG auch auf dem EGP Congress vertreten

Bundestagsfraktion - Kathleen

Verstetigung von Europakommunikation

Verbindungsbüro im Bundestag soll nicht nur eingleisig geschehen, aus den BTF ins EPF und auf der EPF in die BTF

Bericht aus den Arbeitskreisen

AK Europäische Republik - Tom W., Stefan, Tom G.

Nutzen den Input des gestiegen Thementages für die weitere AK-Arbeit. Textarbeit hat bereits begonnen - erster Aufschlag kam von Fynn.

AK Kommunalbausteine

Ergänzungen kamen aus Bayern, besonders München und Niedersachsen

-> sollen eingearbeitet und Übersicht erstellt werden

Nach Fertigstellung ist eine Schalte zur Vorstellung geplant

BGKomm und KPVen sollen Kommunalbausteine zugeschickt bekommen. Soll auch nochmal über den BAG-Verteiler verschickt werden. Aufruf - gern in eurem Netzwerk teilen. Bei Kommunalwahlprozessen - kommt auf den AK zu.

Weitere Projekte

- Europastrategie des BuVo hinsichtlich Entwicklung geeigneter Aktionen für KVen überprüfen
- Zusammenstellung, in welchen internationalen Netzwerken eine Kommune Mitglied werden kann inkl. Vorteile, Funktionen

AK MFR - Kathleen

Seit dem letzten Treffen nicht viel passiert. Alle suchen noch nach ihrer Position. Zuletzt wurde sich angeschaut, wie der Vorschlag der Kommission zu der grundsätzlichen Grünen Haltung passt.

AK Verteidigungsprogrammatik - Torben

Seit der letzten Sitzung kam keine AK Sitzung zu Stande

Crossover-AK Global-Digital - Nadine

Konstituierende Sitzung im Januar. Global- / Europäische-Digital-Politik
Vergleich India-Stack // Europa-Stack

Bericht aus der Ukraine

Jens berichtet aus seiner Reise in die Ukraine:

Besuch in Kyiv; Hilfstransporter nach Kyiv gefahren, Lage äußerst dramatisch, Nachts -21°C, Wohnung teilweise ohne Strom, Heizung. Ca. 1/3 des Tages ist Strom da. Vor den großen Häusern stehen Generatoren, kontinuierlich sehr laut. Ukraine braucht weiterhin viel Unterstützung, besonders wenn die USA nicht weiter unterstützt werden. Man weiß schlichtweg nicht, wie lange die Zivilgesellschaft es noch aushält. Es herrscht Krieg in Europa und dass sollten wir uns immer vergegenwärtigen. NGOs haben Partner-NGOs, um vor Ort zu unterstützen.